

Nachhaltige Entwicklung durch Öl- und Gasreichtum?

Aserbaidshan, Russland und der Ballast der Sowjetunion

Hannes Meissner

»Fluch und Segen« natürlicher Ressourcen

Die Finanzkrise 2008 traf die meisten ressourcenreichen Staaten weltweit gleich zu Beginn mit voller Wucht. Mehr noch als die direkten, erwiesen sich dabei die indirekten Auswirkungen als gravierend. Mit dem Einbrechen der weltweiten Nachfrage für unverarbeitete Rohstoffe sanken auch deren Preise teils dramatisch. Kostete ein Barrel Öl im Juli 2008 noch 137 US-Dollar, lag der Preis Ende des Jahres nur mehr bei 35 US-Dollar (Revenue Watch 2013, 1). Auch wenn sich die unmittelbaren Auswirkungen des Preisverfalls auf die einzelnen ressourcenfördernden Staaten als multikausal und landeskontextabhängig erwiesen, war dennoch ein grundlegender Zusammenhang beobachtbar: je höher die Abhängigkeit des Staatsbudgets von Rohstoffeinkünften, desto größer die Betroffenheit. Das ganze Ausmaß erschließt sich nicht zuletzt daran, wenn man bedenkt, dass das Staatsbudget nicht weniger ressourcenfördernder Staaten weltweit zu teils wesentlich mehr als 40% von Rohstoffeinkünften abhängt (vgl. Beck 2007, 46f; Meissner 2013, 41).

Doch bereits Mitte 2009 hatten die Rohölpreise wieder das Niveau von 2007 erreicht (Revenue Watch 2013, 1). Seither lag der Preis für ein Barrel zumindest zeitweise wieder über der Schwelle von 100 US-Dollar. Damit verkehrte sich der zuvor dargelegte Zusammenhang zumindest theoretisch ins Gegenteil. Ressourcenreiche Staaten könn(t)en die hohen Einkünfte aus dem Export der Rohstoffe dazu nutzen, die nationalen Folgen der andauernden Weltwirtschaftskrise abzumildern und rohstoffgetriebenes Wachstum zu stimulieren. Dem liegt die Annahme zu Grunde, dass hohe Exporteinkünfte von natürlichen Ressourcen wie Erdöl, Erdgas, aber auch anderer Minerale sowie Edelsteine (etc.) grundsätzlich der nachhaltigen sozioökonomischen Entwicklung eines Landes zu Gute kommen können. So haben Länder wie Australien, Norwegen, die Niederlande, Kanada (etc.), aber auch einige Entwicklungs- bzw. Schwellenländer wie Botswana und Malaysia bewiesen, dass ein verantwortungsvoller und effizienter Umgang mit Rohstoffeinkünften zum Wohle der breiten Bevölkerung tatsächlich auch möglich ist. Grundsätzlich liefern hohe Ressourceneinkünfte eine Basis zur Finanzierung staatlicher Dienstleistungen. Dabei können sie dem Bildungssektor und damit der Entwicklung von Humanressourcen zugutekommen. Sie können ferner für langfristige Investitionsprojekte nutzbar gemacht werden und dienen im Idealfall dem Unterhalt bzw. Ausbau der Infrastruktur eines Landes.

Doch in den meisten Fällen weltweit ist die Realität eine andere. In der Wissenschaft ist das Phänomen, dass das »Vorhandensein mineralischer Rohstoffe« (auch als bezeichnet als »Ressourcenreichtum« oder »Ressourcenproduktion«, Meissner 2010, 9) jenseits der OECD-Welt häufig nicht zu einer raschen nachholenden Entwicklung, sondern in eine »Ressourcenfalle« führt, als »Ressourcenfluch« (Ross 2001) bzw. »Paradox of Plenty« (Karl 1997) bekannt. Die negativen Befunde beziehen sich dabei nicht allein auf die Wirtschaftsleistung der betreffenden Staaten, sondern auch auf die Stabilisierung autoritärer Herrschaftssysteme durch hohe Ressourceneinkünfte (vgl. Meissner 2013, 4f.) und/oder friedensgefährdende Eigenschaften natürlicher Ressourcen (Jakobeit/Meissner 2011, 518ff.). Tatsächlich aber variieren die schädlichen Eigenschaften von natürlichen Ressourcen von Land zu Land teils erheblich in Form und Ausmaß. Hinzu kommt, dass einige wenige Länder vom »Ressourcenfluch« gänzlich ausgespart blieben. Folglich können allgemeingültige Aussagen nur schwer getroffen werden (Basedau 2005, 22f.; Meissner 2013, 6).

Dies zeigen einmal mehr auch die Erfahrungen aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Ressourcenreiche Staaten, in denen die Regierung zuvor langfristige Strukturreformen implementiert und die Diversifikation der Wirtschaft vorangetrieben hatte, bewältigten die Auswirkungen der globalen Krise vergleichsweise erfolgreich. Dies traf auf die meisten ressourcenreichen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens zu. Gegenteiliges war in jenen Ländern zu beobachten, in welchen derartige Reformen zuvor unterblieben waren. Tatsächlich litten diese unter den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise sogar noch mehr, als die westlichen Industriestaaten und die ressourcenarmen Schwellen- und Entwicklungsländer (Revenue Watch 2013).

Vorliegender Beitrag setzt sich anhand des aktuellen Forschungsstands zu den Kausalzusammenhängen des »Ressourcenfluchs« mit den kurz- und langfristigen Entwicklungsperspektiven ressourcenreicher Länder auseinander. Das Augenmerk gilt dabei den beiden postsowjetischen Staaten Aserbaidschan und Russland. Beide Staaten sind reich an Erdöl- und Erdgas. In dieser Hinsicht unterscheiden sie sich von den (übrigen) Ländern der erweiterten Schwarzmeerregion.

Welche Rückschlüsse auf die Entwicklungsperspektiven ressourcenreicher Staaten lässt die Forschung zum »Ressourcenfluch« zu? Welche kurz- und langfristigen Ausichten haben Aserbaidschan und Russland? Welche zentralen Gründe lassen sich hierfür anführen? In einem ersten Schritt setzt sich vorliegender Beitrag mit dem aktuellen Forschungsstand zum »Ressourcenfluch« auseinander. Der Abschnitt zeigt auf, dass für die Form des Umgangs mit den Ressourceneinkünften stets landesspezifische Kontextfaktoren und bestimmte historische Zeitphasen entscheidend sind. Im zweiten Schritt werden die kurz- und langfristigen Entwicklungsperspektiven Aserbaidschans und Russlands untersucht. Obwohl es vor allem Aserbaidschan gelang, die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise durch eine gezielte – ölfinanzierte – Ausgabenpolitik erfolgreich abzumildern, werden beide Staaten aller Voraussicht nach langfristig deutlich hinter ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten zurückbleiben. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und ohne die zugrunde liegenden komplexen landesspezifischen Zusammenhänge zu ermitteln, werden in Schritt drei zentrale Ursachen hierfür aufgezeigt. Diese beziehen sich auf das sowjetische Erbe, das beide Länder bis heute grundlegend prägt. Der Beitrag schließt mit einer Zusammenfassung und einem Ausblick in Abschnitt vier.

Die Bedeutung von Kontextfaktoren und kritischen Zeitphasen

Vom »Ressourcenfluch« wird immer dann gesprochen, »wenn eine Verletzung der Prinzipien legitimer Herrschaft und Rechtsstaatlichkeit und/oder gewalttätige Konflikte durch einen Reichtum an natürlichen Ressourcen verursacht, oder aber durch diesen ausgelöst, verlängert, konserviert, bzw. verschärft wurden, und/oder entwicklungsfördernde sozioökonomische Impulse gänzlich oder teilweise ausbleiben« (Meissner 2013, 30). Hieran erschließt sich, dass die Forschung zum Ressourcenfluch ein breites Spektrum an Dimensionen abdeckt, auf die sich »Ressourcenreichtum« schädigend auswirkt. Entsprechend weit gefasst und heterogen ist auch der Forschungsansatz (vgl. Meissner 2013, 5).

Vorliegend geht es um jene Kausalzusammenhänge, welche (sozio-)ökonomische Missstände auf den Zufluss von hohen Ressourceneinkünften zurückführen (vgl. Meissner 2013, 31ff.). Der Fokus betrifft den Ursprungsbereich der Forschung zum »Ressourcenfluch«, denn dieser liegt in der Volkswirtschaftslehre begründet. Den Ausschlag gab die Grundannahme, dass ein Reichtum an natürlichen Rohstoffen zu einer raschen nachholenden Entwicklung führt (»Staple Theory of Economic Growth«, Innis 1956), die sich als empirisch nicht haltbar erwiesen hatte. Hierfür wurden seither verschiedene Erklärungsmodelle entwickelt. Vorliegend verdienen lediglich zwei von diesen Aufmerksamkeit: Preisschwankungen im internationalen Rohstoffhandel und fehlende bzw. schwache »sozio-ökonomische Linkages« zwischen den Ressourcen- und Nicht-Ressourcensektoren.

Die Volatilität der internationalen Rohstoffmärkte ist ein wesentlicher Faktor, warum rohstoffgetriebenes Wachstum als riskant bewertet wird. In Zeiten mit hohen Rohstoffpreisen steigen mit den Exporteinkünften in der Regel auch die öffentlichen Ausgaben. Umgekehrt sinken die Ausgaben unter den Auswirkungen einer globalen Wirtschaftskrise, was investitions- und wachstumsschädigende Folgen hat (vgl. Brahmabhatt u.a. 2010, 111). Unter fehlenden oder nur schwachen »sozio-ökonomischen Linkages« werden nicht oder kaum vorhandene Verflechtungen des Ressourcensektors mit anderen Wirtschaftszweigen verstanden. Dies erweist sich als entwicklungshemmend, da unter solchen Bedingungen ein Wachstum der Rohstoffexporte wenig bis keine positiven Effekte auf die Nicht-Ressourcensektoren hat. Folgeinvestitionen finden kaum statt, eine Diversifikation der Berufsstruktur und die Herausbildung von Humankapital unterbleiben ebenso wie »positive Nebeneffekte«. »Learning by Doing«, Degressionsgewinne und Rationalisierungseffekte sind jedoch gerade in einer frühen Industrialisierungsphase wichtig. Im Ergebnis bleibt der Diversifikationsgrad der Volkswirtschaft auch in der Folge unverändert niedrig (Meissner 2013, 32).

In Wirklichkeit erweisen sich die Zusammenhänge allerdings als äußerst komplex. Ausmaß und Form (sozio-)ökonomischer Missstände variieren teils maßgeblich von Land zu Land und wie eingangs dargelegt, blieben einige wenige ressourcenreiche Länder von wachstumsschädigenden Effekten sogar gänzlich verschont. Im Zeichen der Suche nach Erklärungen hierfür stand in der Forschung über den »Ressourcenfluch« zuletzt die Rolle von »Institutionen« und »Akteursverhalten« als intervenierende Faktoren im Mittelpunkt (vgl. Meissner 2013, 39ff.). Exemplarisch hierfür steht eine Studie von Ploeg und Poelhekke (2009), in welcher die Autoren nachweisen, dass Preisschwankungen auf den Rohstoffmärkten ein wesentliches Merkmal des »Ressourcenfluches« sind. Bei einem gut entwickelten Finanzsektor

ist der »Ressourcenfluch« jedoch regelmäßig weniger stark ausgeprägt. Mit Blick auf die Rolle von Akteursverhalten verweisen andere Studien allgemein darauf, dass ökonomische Kausalzusammenhänge nicht erklären, in welcher Weise und warum Akteure auf den Ressourcenreichtum zurückgehende ökonomische Verwerfungen verstärken bzw. warum sie keine geeigneten Gegenmaßnahmen treffen. Letztendlich steht einer Regierung immer auch die Möglichkeit offen, Boom-Bust-Zyklen durch geeignete Gegenmaßnahmen auszugleichen. So können die Diversifikation der Wirtschaft vorangetrieben, Stabilisierungsfonds eingerichtet und Währungsreserven angelegt werden.

Betrachtet man jedoch Institutionen und Akteursverhalten als intervenierende Faktoren isoliert voneinander, ist ihr Erklärungsgehalt begrenzt. Letztendlich stehen sie in einer wechselseitigen Beziehung zueinander. Dabei sind sie in einen spezifischen Landeskontext eingebettet. Dieser setzt sich aus einem komplexen und vielseitigen Set an Kontextbedingungen zusammen. In der Folge haben noch weitere Faktoren wie die Haltung externer Akteure, das politische System, die Akteurskonstellation, der sozioökonomische Entwicklungsstand, der Emanzipationsgrad der Gesellschaft, die Höhe der Ressourceneinkünfte (etc.) einen Einfluss auf den Umgang mit dem Ressourcenreichtum (Basedau 2005, 32; Meissner 2013, 40).

Hinsichtlich des Umgangs mit den Ressourceneinkünften erweist sich stets der Beginn der Ressourcenförderung bzw. der Zeitpunkt der nationalen Unabhängigkeit (»Ausgangszeitraum«) als kritische Zeitphase (Basedau 2005, 32; Meissner 2013, 40, 64). Ausschlaggebend ist, dass von da an Ressourceneinkünfte den lokalen Eliten frei zur Verfügung stehen (Meissner 2013, 64). Dabei bestimmt die jeweilige Ausgangskonstellation weitgehend den weiteren Umgang mit den Ressourceneinkünften. Entscheidend ist in dieser Hinsicht, welche auf die Ressourceneinkünfte bezogenen Interessen die herrschende Elite hat und wie weit sich diese in der Folge verwirklichen lassen (vgl. Meissner 2013, 258). So wurde in verschiedenen Studien festgestellt, dass das Auftreten des Ressourcenfluchs immer dann wenig wahrscheinlich ist, wenn im Ausgangszeitraum demokratische Institutionen bereits weitgehend konsolidiert sind. Dies war beispielsweise in Australien, Norwegen, der Niederlande und in Kanada der Fall (Meissner 2013, 39; vgl. Walker 2008, 3; Franke u.a. 2009). Dem liegt die empirische Beobachtung zu Grunde, dass herrschende Eliten unter den Bedingungen defizitärer staatlicher Institutionen, eines autoritären Herrschaftsystems, einer schwachen Gesellschaft, eines niedrigen Entwicklungsstandes (etc.) ausreichend Freiraum verfügen, ihre das Allgemeinwohl schädigenden Interessen zu verwirklichen. Korruption und Missmanagement führen dann zu sozio-ökonomischen Missständen. Gleichzeitig liefern die hohen Ressourceneinkünfte korrupten und nicht-demokratischen Eliten die finanzielle Grundlage für verschiedene Strategien (Ausbau des Repressionsapparates, populäre Fürsorgemaßnahmen, Kooptation und Bestechung der Opposition/Journalisten etc., Ross 2001; Meissner 2013, 29ff.) für den dauerhaften Ausbau ihrer Machtposition. Die Folge ist eine zunehmende Verfestigung der jeweiligen Konstellation des Ressourcenfluchs.

Kurz- und langfristige Entwicklungsperspektiven Aserbaidschans und Russlands

Sowohl im Fall Aserbaidschans als auch Russlands sind Öl- und Gaseinkünfte für die sozioökonomische Entwicklung des Landes von besonderer Bedeutung. Dabei sind

bei Aserbaidtschan besonders hohe Abhängigkeitsraten augenfällig. So hatte im Jahr 2008 allein der Ölsektor einen Anteil am BSP von 52,5%. Im gleichen Jahr lag der Anteil von Erdöl und Erdgas am Gesamtexport des Landes bei 96,8%. Im Jahr 2009 setzte sich das Staatsbudget zu 64% aus Öleinkünften zusammen (Meissner 2013, 78).¹ Demgegenüber weist Russland wesentlich niedrigere Abhängigkeitsraten auf. In den Jahren 2010 und 2011 lag der Anteil von Erdöl und Erdgas am Gesamtexport des Landes zwischen 63,5 und 65%. Damit trugen die Exporte der beiden Rohstoffe zwischen 17 und 19% zum BSP bei (Aleksashenko 2012, 43f.). Im Jahr 2012 setzte sich das Staatsbudget der Russischen Föderation zu 35% aus Öl- und Gaseinkünften zusammen (Forbes 2012).

In diesem Kontext stellt sich die Frage, ob bzw. inwieweit die beiden Länder die mit den Öl- und Gaseinkünften einhergehenden sozioökonomischen Entwicklungspotentiale tatsächlich auch ausschöpfen. In kurzfristiger Perspektive bietet sich für eine Beantwortung dessen ein Blick darauf an, ob bzw. inwieweit die Ressourceneinkünfte im jeweiligen Fall zur Abmilderung der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise genutzt wurden. Insgesamt bleibt jedoch entscheidend, ob bzw. inwieweit die Weichen für eine langfristige, nachhaltige Entwicklung gestellt werden und ob bzw. inwieweit die hierbei proklamierten Programme zeitgerecht und effizient umgesetzt werden.

Tatsächlich war Aserbaidtschan von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise von allen postsowjetischen Staaten am wenigsten betroffen (Papava 2010, 39). Vor 2008 wies das Land mit 24,5% im Jahr 2006 und 25,1% im Jahr 2007 (World Bank 2010) noch Wachstumsraten des BSP auf Rekordniveau auf. Danach waren die Wachstumsraten zwar niedriger, mit 10,8% (2008), 9,3% (2009) und 5,0% (2010) jedoch noch immer auf hohem Niveau (World Bank 2010). Wie Hübner und Jainzik (2009) darlegen, erreichte die Weltwirtschaftskrise Aserbaidtschan verspätet und zu einem weit geringeren Ausmaß als die ressourcenarmen Staaten der Region. Dies hatte im Wesentlichen zwei Gründe. Erstens ist der aserbaidtschanische Finanzsektor vergleichsweise klein und vom globalen Finanzsystem isoliert. Zweitens bewirkten die Öleinkünfte eine finanzielle Abfederung. In dieser Hinsicht profitierte das Land auch von dem Umstand, dass der Output der Öl- und Gasproduktion noch im Steigen begriffen war, was den Niedergang des Ölpreises ausglich (Hübner/Jainzik 2009, 12). Mit dem Ziel die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise abzumildern, steigerte die Regierung die Transfers aus dem staatlichen Ölfonds SOFAR im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 29,3% (Mikayilov 2009, 104). In der Folge wuchs das Kapital des Fonds nur noch geringfügig. Dies führte im Hinblick auf dessen langfristige Reservefunktion zu Kritik unter lokalen Finanzexperten. Wie aber der Landesdirektor einer Internationalen Finanzinstitution gegenüber dem Autor hervorhob, ist eine eindeutige Beurteilung der Maßnahme nur schwer möglich, da ein idealer Weg zur Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise kaum existiert (Meissner 2013: 152).

Russland wurde von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise schwer getroffen. Zuvor hatte das Land über acht Jahre ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 7% erfahren (Rutland 2008, 2). Wuchs das BSP 2008 bei signifikanter Abkühlung der Konjunktur im vierten Quartal nochmals um 5,2%, brach die Wirtschaftsleistung im darauf folgenden Jahr um 7,8% ein. Danach erfolgte eine Erholung auf niedrigerem Niveau. So wuchs das BSP 2010 wieder mit 4,5% und 2011 mit 4,3% (World Bank 2013). Verantwortlich hierfür ist jedoch nicht zuletzt die

seither verfolgte Praxis hoher Budgetausgaben. Doch gerade diese lenkt Kritik auf sich, denn die Verwendung der Ressourceneinkünfte hierfür steigert die Abhängigkeit der russischen Wirtschaft vom Ölpreis weiter und geht auf Kosten langfristiger Reservenfunktionen (vgl. Aleksashenko, 2012, 46).

Gleichzeitig kaschiert die hierdurch induzierte Erholung der russischen Wirtschaft tiefliegende strukturelle Schwächen. Wie eine Analyse der EZB feststellt, haben zahlreiche Wirtschaftsbranchen Zugang zu Energie zu künstlich niedrigen Preisen und sind durch Zölle, Tarife etc. vom internationalen Wettbewerb abgeschirmt (Beck u.a. 2012, 21). Insgesamt leidet das Land an fortdauernder technologischer Rückständigkeit. Die Problematik wird durch systemische Korruption und Klientelismus weiter verschärft (Papava 2010, 56; Aleskashenko 2012, 31). Es besteht ein Defizit bei der Gewährleistung von Eigentumsrechten und durch die gelenkte Justiz kommt es regelmäßig zu Übergriffen auf unabhängige Geschäftsleute (vgl. Aleskashenko 2012, 31). In diesem Gesamtkontext hat sich nach Ansicht von Gaddy und Ickes (2010) eine Konstellation verfestigt, in der die russische Wirtschaft einer Suchtkrankheit gleich vom Zufluss hoher Öl- und Gaseinkünfte abhängig ist (Gaddy/Ickes 2010, 282f.). Im Ergebnis wird das Land aller Vorrassicht nach langfristig deutlich hinter den wirtschaftlichen Möglichkeiten zurückbleiben.

Gleiches gilt für Aserbaidshan. Letztendlich dürfen die hohen Wachstumsraten nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese teils unmittelbar, teils mittelbar auf die hohen Ressourceneinkünfte zurückgehen. Was die Stellung der Weichen für eine langfristige Nutzbarmachung der Ressourceneinkünfte betrifft, hat sich die Regierung zwar programmatisch der Nachhaltigkeit und der Diversifikation der Wirtschaft verpflichtet. Um für die Zeit nach dem Öl-Boom vorzusorgen, sollen der IT-Sektor, der Tourismus- und der Landwirtschaftssektor aufgebaut bzw. gestärkt werden. Auch wurde zum Zweck langfristiger Stabilisierung- und Reservenfunktionen der staatliche Ölfonds SOFAR eingerichtet (Meissner 2013, 104). Jedoch liegt das Land in der Implementation der Reformen bereits zurück (Revenue Watch 2013, 2). Hinzu kommt ein Höchstmaß an Ineffizienz im Umgang mit den Ressourcengeldern. Letztendlich liegt die ganze Macht in der Hand einer alldominanten, korrupten und autoritären Elite, welche im Zuge der Ressourcenverteilung ihre politische und ökonomische Machtstellung weiter ausbaut und einen hohen Prozentsatz der Ressourcen veruntreut. Letzteres geschieht in erster Linie über öffentliche Investitionsprojekte, allen voran im Konstruktionssektor. Während die Seite der Ressourceneinkünfte sowie der SOFAR transparent sind, liegt die Ausgabenseite auch weiterhin im Dunkeln (vgl. Meissner 2011, 8; Meissner 2012, 13).

Sowjetisches Erbe als Entwicklungshindernis

Die Ursachen für die negativen wirtschaftlichen Perspektiven sind ohne Zweifel vielfältig, komplex und landesspezifisch. Dennoch teilen beide Länder in dieser Hinsicht grundlegende Gemeinsamkeiten. Diese betreffen das historische Erbe der Sowjetunion, das sich als Ballast erweist. In diesem Sinn lassen sich »postsowjetische Kontextfaktoren« identifizieren (Meissner 2010, 31f; Meissner 2011, 66ff.), welche nach Erlangung der nationalen Unabhängigkeit den weiteren Umgang mit den Ressourceneinkünften maßgeblich prägten. »Unter postsowjetischen Kontextfaktoren sind regionalspezifische Einflussgrößen zu verstehen, die sich auf politische, soziale und

ökonomische Strukturen beziehen, deren Prägung auf die Sowjetherrschaft zurückzuführen ist« (Meissner 2013, 66).

(1) **Dysfunktionalitäten sowjetischer Planwirtschaft:** Obwohl die ererbte Wirtschaftsstruktur von Land zu Land variiert, teilen die ressourcenreichen Nachfolgestaaten der Sowjetunion eine strukturelle Gemeinsamkeit. Die Volkswirtschaften der einzelnen Republiken waren auf die Bedürfnisse des sowjetischen Marktes zugeschnitten, von diesem im höchsten Maß abhängig und gleichzeitig global kaum wettbewerbsfähig. In der Folge stürzte der Zusammenbruch des sowjetischen Marktes das produzierende Gewerbe in eine schwere Krise. Unverarbeitete Rohstoffe blieben in der Folge häufig das einzig profitable Wirtschaftsgut ressourcenreicher Staaten.

(2) **Defizitäre staatliche Institutionen:** Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion erbten einen hierarchisch-zentralistischen Staatsaufbau. Im Zeichen einer dominanten Exekutive sind die staatlichen Kontrollorgane bis heute schwach. Institutionen und Verfahren leiden unter Ineffizienz und Intransparenz. In der Konsequenz können politische Eliten über die Ressourceneinkünfte vergleichsweise frei verfügen.

(3) **Autoritarismus, Klientelismus und Korruption:** Die Sowjetunion hatte eine soziopolitische Führungsschicht hervorgebracht, die nach Erlangung der nationalen Unabhängigkeit zuallererst danach strebte, ihre angestammte Machtposition und die damit verbundenen Privilegien durch bewährte Herrschaftsmittel soweit wie möglich zu erhalten. Grundlage für die Verteilung politischer und ökonomischer Macht sind dabei klientelistische Netzwerke. Diese bilden die strukturelle Basis für Korruption.

(4) **Macht der angestammten Elite in Politik und Wirtschaft:** Nach Erlangung der nationalen Unabhängigkeit wies das von der Sowjetunion ererbte staatliche Institutionengefüge der angestammten Elite eine entscheidende Ausgangsposition zu. In der Folge konnten die alten Kader ihre politische Vormachtstellung absichern. Die niedrigen ökonomischen Diversifikationsraten und das bisherige System der Planwirtschaft ermöglichten ihnen zudem, den nun begonnenen Privatisierungsprozess nach Belieben zu steuern. Im Ergebnis erlangten klientelistische Netzwerke die Kontrolle über ganze Wirtschaftszweige.

(5) **Schwache Gesellschaften:** Gleichzeitig tendieren post-sowjetische Gesellschaften dazu, die herrschenden Eliten nicht effektiv herauszufordern. Oppositionelle Gruppierungen sind vergleichsweise schwach. Nach Jahrzehnten der Repression fehlt ihnen sowohl die strukturelle Verankerung in Staat und Gesellschaft als auch die politische Erfahrung. Zudem können sie besonders in peripheren ländlichen Regionen nur bedingt oder gar nicht auf die Unterstützung durch die breite Bevölkerung hoffen, da diese in politischen Belangen tendenziell passiv ist. Ursächlich hierfür sind wiederum die unter der Sowjetherrschaft erfahrene Repression und Bevormundung, aber auch weiterhin nachwirkende, patriarchalische Legitimitäts- und Loyalitätsvorstellungen aus präsovietischer Zeit.

Zusammenfassung und Ausblick

Nachhaltige Entwicklung durch Öl- und Gasreichtum? Ein Blick auf eine Vielzahl ressourcenreicher Staaten weltweit offenbart, dass die Kluft zwischen Ideal und Wirklichkeit häufig kaum größer sein könnte. Korruption und Kapitalflucht, »Ressourcenkriege« und »Öldiktaturen« bilden den empirischen Bezugsrahmen für Begriffe

wie »Ressourcenfluch« und »Paradox of Plenty.« Dennoch haben einige Staaten wie Australien, Norwegen, die Niederlande, Kanada und selbst einige Entwicklungs- bzw. Schwellenländer wie Botswana und Malaysia bewiesen, dass ein verantwortungsvoller und effizienter Umgang mit Rohstoffeinkünften zum Wohle der breiten Bevölkerung tatsächlich auch möglich ist.

Die Forschungsliteratur liefert eine Vielzahl an Erklärungsmodellen für den »Ressourcenfluch«. So verweisen ökonomische Studien beispielsweise auf die Risiken von Preisschwankungen im internationalen Rohstoffhandel und von fehlenden bzw. schwachen »sozio-ökonomische Linkages« zwischen den Ressourcen- und Nicht-Ressourcensektoren. Diese Problematik zeigte sich einmal mehr anhand der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, denn der Ölpreisverfall wirkte sich besonders auf ressourcenreiche Staaten mit niedrigen ökonomischen Diversifikationsraten negativ aus. Anders als ökonomische gehen politikwissenschaftliche Erklärungsmodelle der Frage nach, warum und in welcher Weise Akteure auf den Ressourcenreichtum zurückgehende ökonomische Verwerfungen verstärken bzw. warum sie keine geeigneten Gegenmaßnahmen treffen. Letztendlich stand Regierungen auch vor der gegenwärtigen Krise die Möglichkeit offen, Boom-Bust-Zyklen durch die Diversifikation der Wirtschaft, Stabilisierungsfonds und Währungsreserven (etc.) vorzubeugen.

In der Realität allerdings erweisen sich die Zusammenhänge des »Ressourcenfluchs« als äußerst komplex. Ob, in welcher Weise und in welchem Ausmaß ressourcenreiche Länder von wachstumsschädigenden Effekten betroffen sind, variiert von Land zu Land. In dieser Hinsicht zeigt der aktuelle Forschungsstand zum »Ressourcenfluch« auf, dass die Entwicklungsperspektiven ressourcenreicher Staaten stets von einem komplexen und vielseitigen Set landespezifischer Faktoren abhängen. Letztendlich haben neben Akteursinteressen auch die Qualität staatlicher Institutionen, das politische System, die Akteurskonstellation, der sozioökonomische Entwicklungsstand, der Emanzipationsgrad der Gesellschaft (etc.) einen Einfluss auf den Umgang mit dem Ressourcenreichtum. Gleichzeitig erweist sich stets der Beginn der Ressourcenförderung bzw. der Zeitpunkt der nationalen Unabhängigkeit (»Ausgangszeitraum«) als kritische Zeitphase. Dabei bestimmt die jeweilige Ausgangskonstellation weitgehend den weiteren Umgang mit den Ressourceneinkünften.

Aserbaidschan und Russland zählen in Bezug auf Verantwortung und Effizienz im Umgang mit Ressourceneinkünften ohne Zweifel nicht zu den extremen Negativbeispielen weltweit. Letztendlich haben die Regierungen der beiden Länder sozioökonomische Diversifikationsprogramme proklamiert bzw. Maßnahmen zum Ausgleich von Boom-Bust-Zyklen ergriffen. In der Folge konnten auch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise zumindest abgemildert werden. Dennoch werden beide Staaten aller Voraussicht nach langfristig deutlich hinter ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten zurückbleiben.

Die Ursachen hierfür sind vielfältig, komplex und landesspezifisch. Dennoch teilen beide Länder in dieser Hinsicht grundlegende Gemeinsamkeiten. Diese beziehen sich auf das sowjetische Erbe, das sich als historischer Ballast erweist. Als Nachfolgestaaten der Sowjetunion erbten sie vom Ressourcenexport abhängige Volkswirtschaften, defizitäre staatliche Institutionen und eine autoritäre Führungsschicht, die zuallererst nach Befriedung persönlicher Privilegien und Machterhalt strebt. Dabei vereinen klientelistische Netzwerke die politische und wirtschaftliche Macht auf sich. Dem stehen schwache Gesellschaften gegenüber. Von dieser Gesamtkonstellation

ausgehend haben die herrschenden Eliten seit Erlangung der nationalen Unabhängigkeit (»Ausgangszeitraum«) die Ressourceneinkünfte vorrangig dazu genutzt, ihre persönlichen Privilegien zu befriedigen und ihre Machtposition mittels autoritärer Herrschaftsmittel dauerhaft abzusichern.

Literatur

- Aleksashenko, Sergey (2012) Russia's economic agenda to 2020, in: *International Affairs*, 88 (1), 31–48.
- Basedau, Matthias (2005) Context Matters – Rethinking the Resource Curse in Sub-Saharan Africa, www.gigahamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/wp01_basedau.pdf Zugriff am 13.1.2013.
- Beck, Martin (2007) Der Rentierstaats-Ansatz und das Problem abweichender Fälle, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 14 (1), 43-70.
- Beck, Roland/ Annette Kamps/ Elitza Mileva (2007) Long Term Growth Prospects for the Russian Economy, www.ecb.int/pub/pdf/scpops/ecbocp58.pdf, Zugriff am 3.9.2013.
- Brahmbhatt, Milan/ Otaviano Canuto/ Ekaterina Vostroknutova (2010) Natural Resources and Development Strategy after the Crisis, in: Otaviano Canuto/ Marcelo Giugale (Hg.) *The Day after Tomorrow*, Washington, 101-118.
- Forbes (2012) Is Russia Ready For Life After Oil?, www.forbes.com/sites/kenrapoza/2012/10/03/is-russia-ready-for-life-after-oil/, Zugriff am 29.8.2013
- Franke, Anja/ Andrea Gawrich/ Gurban Alakbarov (2009) Kazakhstan and Azerbaijan as Post-Soviet Rentier States: Resource Incomes and Autocracy as a Double »Curse« in Post-Soviet Regimes, in: *Europe Asia Studies*, 61 (1), 109-140.
- Gaddy, Clifford G./ Barry W. Ickes (2010) Russia after the Global Financial Crisis, in: *Eurasian Geography and Economics*, 51 (3), 281-311.
- Hübner, Gerald/ Michael Jainzik (2009) Splendid Isolation? Azerbaijan's Economy between Crisis Resistance and Debased Performance, www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?id=94386, Zugriff am 13.1.2013.
- Innis, Harold A. (1956) *Essays in Canadian Economic History*, Toronto.
- Karl, Terry Lynn (1997) *The Paradox of Plenty: Oil Booms and Petro-States*, Berkeley.
- Jakobeit, Cord/ Hannes Meissner (2011) Frieden und Ressourcen, in: Hans J Gießmann/ Bernhard Rinke, (Hg.) *Handbuch Frieden*, Wiesbaden, 518-528.
- Meissner, Hannes (2010) The Resource Curse and Rentier States in the Caspian Region: A Need for Context Analysis, www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/wp133_meissner.pdf, Zugriff am 26.8.2013.
- Meissner, Hannes (2011) Informal Politics in Azerbaijan: Corruption and Rent-Seeking Patterns, www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?id=94386, Zugriff am 9.1.2013.
- Meissner, Hannes (2012) The Role of the Oil Elite in Policy-Making in Azerbaijan, in: Heinrich, Andreas/ Heiko Pleines (Hg.) *Challenges of the Caspian Resource Boom: Domestic Elites and Policy-making*, Basingstoke, 131-142.
- Meissner, Hannes (2013) Der »Ressourcenfluch« in Aserbaidshan und Turkmenistan und die Perspektiven von Effizienz- und Transparenzinitiativen, in: Rainer Tetzlaff/ Cord Jakobeit (Hg.) *Demokratie und Entwicklung Vol. 66*, Berlin.
- Mikayilov, Elshad (2009) The Global Economic Crisis and Azerbaijan, in: *Turkish Policy Quarterly*, 8 (No. 2), 102-111.
- Papava, Vladimir (2010) The Economic Development Complex in the Black Sea Area: The Impact of the Global Economic Crisis, http://icbss.org/media/113_original.pdf, Zugriff am 27.8.2013.
- Pløeg, Frederick van der/ Steven Poelhekke (2009) Volatility and the Natural Resource Curse, in: *Oxford Economic Papers*, 61 (4), 727-760.
- Revenue Watch Institute (2013) Azerbaijan: Extractive Data Snapshot, www.revenuewatch.org/countries/eurasia/azerbaijan/country-data, Zugriff am 14.1.2013.
- Ross, Michael L. (2001) Does Oil Hinder Democracy?, in: *World Politics*, 53 (3), 325-361.

- Rutland, Peter (2008) The Impact of the Global Financial Crisis on Russia, in: Russian Analytical Digest, 48, 2-5.
- Walker, Christopher (2008) Azerbaijan's Growing Contradictions between Economic and Democratic Development, www.freedomhouse.org/uploads/CSCETestimony072908.pdf
Zugriff am 10.10.2009.
- World Bank (2010) Data and Statistics for Azerbaijan: GDP growth, <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/ECAEXT/AZERBAIJANEXTN/0,,menuPK:301939~pagePK:141132~piPK:141109~theSitePK:301914,00.html>, Zugriff am 5.6.2010.
- World Bank (2013) GDP growth, <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>, Zugriff am 3.9.2013.

Anmerkung

Die Daten gehen auf qualitative Erhebungen des Autors im Rahmen eines Aufenthaltes beim Public Finance Monitoring Center und der National Budget Group in Baku (März 2009) zurück.